

# Konzeptpapier Sahel-/Burkina-Initiative

Helmut Asche<sup>1</sup>

Fassung vom 30. April 2020

## Kurzfassung / Abstract

Die Sahelländer sind seit langem mit enormen inneren und globalen Herausforderungen konfrontiert. Seit 2019 hat sich der jihadistische Terror in einem Maße ausgebreitet, dass ein Staatszusammenbruch in Mali und Burkina Faso zu einem realen Szenario geworden ist (*realistic worst case*). Wie in Mali ist das staatliche Gewaltmonopol in Burkina Faso in weiten Landesteilen fragil oder außer Kraft gesetzt und durch eine Vielzahl gewaltbereiter Gruppierungen ersetzt worden. Im Gefolge der wirtschaftlichen Notlage wachsen ethnische und religiöse Spannungen. Tausende öffentliche Einrichtungen im Norden und Osten des Landes waren schon vor der Corona-Krise geschlossen; bis zu einer Million Einwohner sind Binnenflüchtlinge und noch mehr sind auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen. Burkina Faso ist aber in der Region noch der Sperrriegel, der bislang das Vordringen des islamistischen Terrors in die Küstenländer im Golf von Guinea verhindert. Die existenzbedrohende Krise wird nun durch das Corona-Virus in einer Weise verschärft, die das Gemeinwesen endgültig zu Fall bringen kann.

In dieser Lage erweist sich die militärische Einsatzdoktrin von G5-Sahel, MINUSMA, Barkhane in mehrfacher Hinsicht als unzureichend oder sogar als konfliktverschärfend. Sie bedarf dringend einer Revision. Die Aufstockung der konventionellen Entwicklungshilfe ist ebenso wenig eine Lösung. Sie hat in den zurückliegenden Jahrzehnten eine sehr schlechte Bilanz in der Schaffung nachhaltiger Kapazitäten vorzuweisen. Es ist jenseits einer realistischen Vorstellung, wie gewöhnliche Projekt- und Nothilfe den Wiederaufbau ganzer Systeme der öffentlichen Daseinsvorsorge und umfassende Arbeitsbeschaffungsprogramme für große Alterskohorten von Jugendlichen tragen kann, die dem verlockenden Angebot der jihadistischen Gruppen entzogen werden sollen. Deswegen plädiert das vorliegende Konzept für ein abgestimmtes, außerordentliches Engagement der Bundesrepublik, das finanziell, personell und politisch so umfassende Hilfe leistet, dass das Schlüsselland Burkina Faso den erdrückenden Herausforderungen tatsächlich standhalten kann. Das Konzeptpapier umreißt ein Maßnahmenpaket, das den Rahmen jeden bisherigen deutschen Engagements sprengt (Variante „*Whatever it takes*“), um an der Seite nationaler und internationaler Akteure eine tragfähige und abgesicherte Gesamtlösung für die Existenzkrise des Landes zu finden. Ein solcher multidimensionaler Einsatz erfordert auch auf deutscher Seite eine völlig neue Form der operativen Koordination.

---

<sup>1</sup> Der Autor dankt Christiane Kayser, Martin Harder, Denis M. Tull, Ousmane Djibo, Marie-Christin Gabriel, Hans-Peter Hahn, Werner Heuler-Neuhaus, Melina Kalfelis, Andreas Mehler, Eva Neuhaus, Cornelius Oepen, Stefan Schmid, Karin Wedig, Katja Werthmann sowie einigen Ungenannten für Textblöcke, kritische Hinweise und Ergänzungen. Alle haben individuell und nicht für ihre jeweiligen Institutionen beigetragen. Die alleinige Verantwortung für alle Informationen und Wertungen liegt beim Verfasser.

## Ausgangslage

Die politische, soziale, wirtschaftliche, ökologische und militärische Situation in den Sahelländern, insbesondere in Mali, Niger und Burkina Faso spitzt sich dramatisch zu. Mit einer in Wissenschaft und Politikberatung ungewöhnlichen Einmütigkeit beurteilen praktisch alle relevanten Analysen die Lage im Sahel als in jeder Hinsicht kritisch, mit der realen Perspektive eines Staatszerfalls zumindest in Mali und Burkina. In vorderster Linie sind es Experten und Organisationen der Zivilgesellschaft aus den betroffenen Ländern selbst, die für Mali und Burkina „*des risques très élevés d’implosion de ces Etats*“ sehen<sup>2</sup>, ebenso wie internationale Quellen (International Crisis Group 2020; Kwasi, Cilliers, Donnerfeld et al. 2019; Michailof 2018; Olivier de Sardan 2020; Pérouse de Montclos 2020; Thurston 2019). Die Bedrohung durch den islamistischen Jihad steht im Zentrum der politisch-militärischen Krise. Die Zahl der bewaffneten Akteure, die das staatliche Gewaltmonopol in Teilen von Mali, Niger und Burkina außer Kraft setzen, ist aber weit größer.

Der analytische Konsens bezieht sich auch auf den Zusammenhang mit der Situation in Libyen. Die Quellen stimmen darin überein, dass der Sturz von Muammar al Gaddafi 2011 und die anschließende Auflösung des Zentralstaats in Libyen einen wesentlichen Beitrag zur gegenwärtigen Krise im Sahel geleistet hat, aber nicht die Ursache der gesellschaftlichen Verwerfungen ist, die sich nun manifestieren. Ursächlich für die existentielle Krise von Staat und Gesellschaft sind, neben der (von innen und von außen kommenden) Bedrohung durch den islamistischen Jihad, innere soziopolitische Faktoren, gepaart mit globalen Herausforderungen (Klimawandel, Weltwirtschaftssystem, Pandemien). Bürger der Zivilgesellschaft und Wissenschaftler in den Sahelländern sind unter den ersten, die ihre Regierungen kritisieren, wenn diese ausschließlich eine äußere Bedrohung für die katastrophale Lage verantwortlich machen, hier: die jihadistischen Gruppen.

Konsequenterweise schließen die Analysen, dass eine rein militärische Bekämpfung des Jihadismus durch die Mission Barkhane, MINUSMA, EUTM, etc. zur Lösung der unterliegenden Konflikte nicht gelingen kann. Tatsächlich ist sie auch nicht erfolgreich. Die Lage auf dem Terrain verschlechtert sich, in Burkina Faso noch schneller als in Mali. Der französische Generalstab rechnet mit einem Krieg über 15 bis 20 Jahre.<sup>3</sup>

Die Situationsanalysen unterscheiden sich in einem Punkt: einige geben den internationalen Kampfeinsatz nicht nur militärisch verloren, sondern fordern den Abzug zumindest der französischen Truppen, während andere dem widersprechen (exemplarisch: Montclos versus Sardan und Michailof). Über diese Forderung streiten auch afrikanische Politiker, Analysten und Journalisten, ebenso wie über lösungsrelevante Fragen wie die Einschätzung der lokalen Selbstverteidigungsgruppen oder Milizen. Die öffentliche Meinung in Burkina, Mali oder Niger spricht in der Existenzkrise wenig überraschend nicht mit einer Stimme.

Was charakterisiert die Gesamtsituation, hinausgehend über die Gefechtslage, und was sind mögliche Entwicklungsperspektiven?

---

<sup>2</sup> Exemplarisches Zitat von Siaka Coulibaly, Blog in [lefaso.net](http://lefaso.net), 5.12.19). Weitere Quellen unten.

<sup>3</sup> Siehe auch: New York Times, *Crisis in The Sahel Becoming France’s Forever War*, 29.3.2020.

Das *Institute for Security Studies* in Pretoria und Dakar (ISS; Kwasi, Cilliers et al.) unterscheidet drei Szenarien: die *Trajectoire Actuelle*, in der die G5-Länder noch weit hinter der Wohlstandsentwicklung der anderen afrikanischen Länder mit geringem oder mittlerem Einkommen zurückbleiben; ein Szenario mit der poetischen Bezeichnung *Fleur du Désert*, welches die G5-Länder deutlich besserstellen würde als heute, aber „*extrem starke Maßnahmen*“ in den fünf Interventionsbereichen / Clustern (1) Landwirtschaft, (2) Demographie, (3) Bildung, (4) Governance und (5) Infrastruktur erfordert (S. 25). Im dritten Szenario bündeln sich alle negativen Faktoren – eine lange regionale Dürre eingerechnet – zu der Perspektive eines „Sahelistan“<sup>4</sup>:

« *Dans ces circonstances, les pays du G5 Sahel pourraient devenir une région en faillite sans autorité centrale, à l'image récente de l'Afghanistan ou la Somalie.* »

Dieses Szenario kann in der Diktion der Pandemie-Forschung als ein „*reasonable worst case*“ angesprochen werden. Dass ein solches Szenario des Zerfalls von Staat und Gesellschaft einen massiven Zuwachs an unkontrollierter Flucht und interkontinentaler Migration mit sich bringt, wird in vielen Analysen angesprochen.

## Ziel der Initiative

Die Perspektive Sahelistan steht im geopolitischen Raum, und zwar als kurzfristige Bedrohungslage. Was wird ihr entgegengesetzt? Zeichnen sich adäquate internationale Lösungen ab, wenigstens in zivilen oder militärischen Teilbereichen? Gibt es gar einen umfassenden Lösungsansatz, der – „*whatever it takes*“ – der drohenden Katastrophe angemessen wäre?

Ein rascher Überblick zeigt: Dem Ernst der Lage entspricht aufseiten der internationalen (hier = westlichen) zivil-militärischen Kooperation und der G5 selbst nichts, das den Anspruch erheben könnte, ein seriöses Lösungs-Szenario zu sein. Der von der aktuellen Lage gründlich frustrierten und strategisch ratlosen französischen Regierung allein die Ausarbeitung und Umsetzung eines kohärenten und wirkmächtigen Reaktionsmechanismus aufseiten der westlichen G5-Verbündeten zu überlassen, ist eine Überforderung und angesichts der Stimmungslage in den afrikanischen Ländern gegenüber der französischen Politik und Militärintervention undurchführbar.

Die Bundesrepublik Deutschland hat eine lange Tradition der Entwicklungszusammenarbeit und auch der militärischen Zusammenarbeit („Ausstattungshilfe“) mit G5-Ländern. Deutschland hat im Rahmen der G7 das *Partenariat pour la Stabilité et la Sécurité au Sahel* (P3S, Biarritz 2019) und zusammen mit Frankreich die Sahel-Allianz auf den Weg gebracht, um den militärischen Ansatz mit ziviler Hilfe wirksam zu untermauern. Eine entsprechend massive zivile Intervention ist jedoch nicht in Sicht. Nicht einmal die Bundesregierung würde dies behaupten. Es bedarf offenbar einer politischen Initiative in Deutschland, um allererst den internationalen Konsens über das Ausmaß der geopolitischen Bedrohungslage im Sahel auf

---

<sup>4</sup> Das ISS weist darauf hin, dass es den Terminus „Sahelistan“ von einem Buchtitel von Samuel Laurent in gleicher Sache von 2013 übernommen hat. (ebd., FN 1)

ein breiteres Fundament zu stellen und entsprechendes politisches Handeln einzufordern. Die Initiative versteht sich auch im Blick auf die deutsche Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft zum 1. Juli 2020.

Das Ziel dieser Initiative ist zweifach. Einmal will sie im vertieften Austausch von Wissenschaft und Politik die Grenze der Analyse hinausschieben („*pushing the analytical frontier*“). Offizielle deutsche (und andere) Problembeschreibungen der Lage im Sahel, einschließlich der MINUSMA-Berichte, sind durchaus drastisch, aber sie fallen entscheidend zurück hinter den Konsens der sozialwissenschaftlichen Analytik bzw. differenzieren nicht zwischen Szenarien. Das profunde Wissen von ExpertInnen aus den Sahelländern selbst wird, obwohl nachlesbar, bislang nur teilweise ausgewertet.

Zweitens soll die Initiative Beratungsleistung zu der Frage erbringen, wie die offenkundige Lücke zwischen Situationsanalyse und politischem Handeln geschlossen werden kann („*bridging the policy gap*“): in der militärischen Komponente zwischen Ausmaß der Bedrohung und militärischer Antwort; in den zivilen Komponenten des Capacity (Re-)Building und der internationalen Entwicklungskooperation zwischen Anspruch und Wirklichkeit; und vor allem: im Zuschnitt des Gesamtpakets, gemessen an dem Anspruch, eine ganze Region und einzelne Schlüsselländer zu stabilisieren.

Vordergründig sehen alle Planungen mehrere nichtmilitärische Cluster o.ä. vor, wie sie das ISS zusammengefasst hat oder „Säulen“ der Intervention wie auf der Mindmap aus Pariser Sicht festgehalten (siehe unten). Sind sie problemadäquat?

Diese Prüfung soll vorrangig am Länderfall Burkina Faso vorgenommen werden.

## Fokus Burkina Faso

Historisch war Burkina Faso durch große religiöse Toleranz geprägt, durch interethnische Verständigung und traditionelle lokale Ausgleichsmechanismen, trotz der Dominanz einer Ethnie im Land, den Mossi, und trotz der sozioökonomischen Spannungen z.B. zwischen Viehzüchtern und Ackerbauern, die jetzt eskalieren. Das Land hat eine lebendige und einflussreiche Zivilgesellschaft und eine vielfältige Medienlandschaft. Die Situation in Burkina war bis 2018 mit Bezug auf die islamistische Bedrohung stabiler als in Mali, Niger oder im Tschad – trotz der Unruhen nach dem Sturz des langjährigen Machthabers Blaise Compaoré in 2014 und obwohl Anschläge in Ouagadougou (Café Cappuccino 2016; Restaurant und Splendid Hotel, Ave. Kwame N'Krumah 2017; Französische Botschaft und Etat Major Général des Armées 2018) große Verunsicherung ausgelöst hatten. Im Jahr 2019 ist Burkina jedoch zur Hauptzielscheibe islamistischer Attacken geworden, nach den vorliegenden Daten mehr noch als Mali oder Niger. Es wurde deutlich, dass „Jihadisten“ nicht nur von außen kommen, sondern dass in Burkina Faso entstandene terroristische Gruppierungen zur Destabilisierung beitragen (Savadogo 2020). Wenn das staatliche Gewaltmonopol und die Erbringung elementarer öffentlicher Dienste nun auch in Burkina zusammenbricht, gerät die Stabilität der gesamten Subregion in unmittelbare Gefahr. Die Subregion bezieht dabei nicht nur die sechs Sahelländer ein (G5 + Senegal), sondern auch die Länder am Golf von Guinea, die bislang kaum betroffen waren. Erste Anschläge in den Küstenländern sind bereits erfolgt, in

Benin, Côte d'Ivoire (Anschlag am 13.3.2016 in Grand-Bassam), ganz zu schweigen von der Lage in Nigeria. Beobachter stellen fest:

*“Meanwhile, there are fears that eastern Burkina Faso is becoming a passageway for the spread of jihadism to coastal West Africa, specifically Ghana, Togo, and Benin. ... A jihadist corridor of sorts is emerging.”(Thurston 2019: 38)*

*“Armed groups are getting better and bolder and if the current advance is not stopped ‘a motorway of crime will open up, from Tripoli to the Gulf of Guinea’, linking clandestine gold miners, drug traffickers and people-smugglers in the Sahel with pirates off the West African Atlantic coast. The only country blocking that advance at present is a greatly weakened Burkina Faso.” (Africa Confidential, France is holding the line..., 19.12.2019)*

Burkina Faso hat also eine geostrategische Position als „Sicherheitsschloss“, auch wenn es kein politisch-ökonomisches Ankerland der Region wie Côte d'Ivoire oder Nigeria ist.

Eine umfassende politische Initiative, wie in diesem Papier für Burkina vorgeschlagen, muss aufgrund des regionalen Charakters der Krise idealiter von ähnlichen Initiativen in Mali und Niger flankiert werden, mit arbeitsteiliger Unterstützung anderer Partner, um die volle Wirkung zu entfalten. Der hier vorgestellte Ansatz konzentriert sich aber auf das Scharnier, das Burkina in dem regionalen Gürtel der Sahelländer darstellt.

Eine Phänomenologie der Krisenerscheinungen in diesem Land ist rasch erstellt.

In Burkina sind nach dem hauptbetroffenen Norden und Osten des Landes nun auch Provinzen im Zentrum und fast allen anderen Landesteilen von Terroranschlägen betroffen. Jede Woche erfolgt mindestens ein schwerer Anschlag auf Sicherheitskräfte, Schulen, Gesundheitseinrichtungen, Kirchen, Moscheen etc. Das staatliche Gewaltmonopol ist schon lange brüchig geworden und zum Teil durch lokale Gruppierungen (Koglweogo, Dozo u.a.) ersetzt worden, die ursprünglich eine Reaktion auf endemische Kriminalität und die Korruption der örtlichen Polizei waren und nun in unterschiedlichem Maße mit staatlichen Sicherheitskräften kooperieren, obwohl die Regierung wenig Kontrolle über sie ausübt. Diese Gruppierungen sind selbst zu lokalen Institutionen geworden (Hagberg 2019).

Dozo (Jäger) berufen sich auf eine Jahrhunderte alte Tradition der Initiation in eine „Bruderschaft“, doch es gibt auch neuere, vereinsförmig organisierte Gruppierungen, die lokal Polizeifunktionen übernehmen. Die seit dem Ende des Compaoré-Regimes erstarkten Koglweogo treiben willkürlich festgesetzte Geldstrafen ein, wenden Körperstrafen und Folter an und tragen trotz eines Verbotes Feuerwaffen. Ihre gesellschaftliche Rolle ist kontrovers. Für die einen sind die Koglweogo keine Milizen, sondern Selbstschutzgruppen im weiteren Sinne. Die Selbstbezeichnung als „Schützer des Territoriums/ Gebietes“ beschreibt die Gruppierungen in dieser Lesart am sinnvollsten. Zudem werden die Koglweogo als multi-ethnische und multi-religiöse Organisationen gesehen (Thurston 2019; (Kalfelis 2020). Für andere stellen die Koglweogo identitäre, gewalttätige Bürgerwehren dar, denen auch Rache-Aktionen (wie im März 2020 in der Provinz Yatenga<sup>5</sup>) gegen Fulbe-Einwohner zugeschrieben werden (Barry, Yacouba Cissao, Siaka

---

<sup>5</sup> Es gibt zu diesem wie zu anderen Überfällen auch einen konkurrierenden Narrativ, der sie jihadistischen Gruppen zuschreibt, die gerade die ethnische Opposition von Fulbe gegen Mossi verschärfen wollten. Die widerstreitenden Narrative sind Teil des übergreifenden Problems.

Gnessi et al. 2019) (Audet-Gosselin 2020). Die offenen Konflikte vor allem zwischen den Fulbe und anderen Ethnien werden politisch instrumentalisiert, indem die zweitgrößte Ethnie des Landes zum äußeren Feind gemacht oder eine solche Propaganda zumindest toleriert wird. Faktisch sind die Konflikte nicht entlang der ethnischen Linie Fulbe gegen Mossi, Gourmantché und andere Ethnien zu beschreiben, sondern deutlich komplexer.<sup>6</sup> (Siehe auch (Assanvo, Dakono, Thérroux-Benoni et al. 2019))

Die Strategie der burkinischen Regierung, ihre Verteidigungskraft durch die Rekrutierung und Bewaffnung von – neuen – Freiwilligenmilizen zu erhöhen, ist in diesem Zusammenhang umstritten. Das neue Gesetz *“Volontaires pour la Défense de la Patrie”* beschränkt nach einer Lesart weder die Bewaffnung der Freiwilligenmilizen auf leichte Waffen noch ihren Einsatzauftrag klar genug auf rein defensive Funktionen. Human Rights Watch kritisiert in einer aktuellen Stellungnahme zu Burkina „die Auslagerung der Verteidigung an ungeschulte Zivilisten in einem Klima erhöhter ethnischer Spannungen“. Während Teile des Regierungslagers die Strategie der Terroristen, Fulbe gegen Mossi und Gourmantché etc. aufzubringen, gut verstanden haben, scheinen andere Teile aus Eigennutz an einer Entschärfung der Konflikte nicht interessiert zu sein. In Burkina liegt das in der Logik des Wahlprozesses, da vor allem die Koglweogo Rückhalt in der majoritären Wählerschaft sichern (Elektoralismus). Die Wahlkampagnen zu den anstehenden Präsidenten- und Parlamentswahlen im November sind insoweit kontraproduktiv.

Die Konfliktlösungsfähigkeit lokaler Autoritäten (Dorfoberhäupter, religiöse Anführer, Erdherren, Würdenträger mit vorkolonialen oder kolonialen Titeln) nimmt auch aus Mangel an disponiblen Ressourcen rapide ab. Sie haben kaum noch etwas anzubieten. Die Justiz ist unter der Last der Strafverfolgung von Terror und Gegenterror praktisch zusammengebrochen. Nach jüngsten UN-Angaben wird die Zahl der Binnenflüchtlinge auf mindestens 780.000 geschätzt und auf 1,2 Millionen die Zahl derer, die auf Nahrungshilfe angewiesen sind. Die Lage stabilisiert sich nicht, sie destabilisiert sich weiter. Rund 2500 Schulen, Märkte, Gesundheitsstationen, Kirchen und Moscheen vorrangig im Norden und Osten Burkinas waren schon vor dem Corona-Ausbruch geschlossen.

In der Konsequenz dieser Trends brechen die prekären Lebensgrundlagen der ruralen Bevölkerung vollends weg, während die städtische Bevölkerung auf den informellen Sektor verwiesen bleibt. Die arbeitsteilige agro-sylvo-pastorale Bodenbewirtschaftung funktioniert in Burkina Faso schon seit Jahrzehnten nur mit großen Friktionen. Seit langem bekannte *Schémas d’Aménagement Agro-Sylvo-Pastoraux* und geregelte Korridore der *Transhumance* (Asche 1993) werden kaum umgesetzt; ob sie unter den Bedingungen schrumpfender Naturressourcen und verdoppelter Bevölkerung überhaupt noch aus sich heraus funktionieren können, ist diskussionswürdig. Das Bodenrecht ist trotz anhaltender Reformbemühungen seit den Sankara-Jahren dysfunktional. Von dem verstärkten industriellen Goldbergbau durch ausländische Unternehmen haben die Anrainergemeinden bislang nicht nennenswert

---

<sup>6</sup> Zum Vergleich: In Malis Zentralregion, in Sonderheit im Dogon-Land, erscheint eine schematische Entgegensetzung von Fulbe=Viehzüchtern und Dogon=Ackerbauern besonders unangemessen, da seit den großen Dürren der 1970er und 1980er Jahren die eigenständige wirtschaftliche Rolle der Fulbe stark eingeschränkt ist. Demgegenüber hat die Einnahmequelle Tourismus Dogon-Familien wohlhabend gemacht. Das fragile sozioökonomische Gleichgewicht ist mit dem Kollaps des internationalen Tourismus unter der islamistischen Bedrohung zerbrochen. Die Disruption unter dem ‚äußeren‘ Einfluss ist hier also höher zu bewerten als in anderen Gebieten und verweist jedenfalls auf die Notwendigkeit einer genauen sozialen Analyse, um nicht „über die naive Gleichsetzung von Viehzucht und Ackerbau mit bestimmten ethnischen Gruppen die Ethnisierung des Konflikts [zu verstärken]“ (Schriftliche Kommunikation von Werner Heuler-Neuhaus und Eva Neuhaus, 22.3.2020).

profitiert, was in einigen betroffenen Gebieten Proteste und Sabotageakte ausgelöst hat. (Ayeh 2019; Werthmann 2017)

Die islamistische Bedrohung stülpt sich all diesen Auflösungsprozessen über, indem sie desillusionierten Jugendlichen, besonders aus bestimmten ethnischen Gruppen, Schutz, Arbeit, Einkommen und Orientierung bietet. In nordöstlichen Teilgebieten installieren islamistische Gruppen grenzübergreifend Formen von Staatlichkeit mit Justiz, Gesundheitsversorgung, Steuererhebung (Zakat) auf Handel und Goldbergbau, ohne sich durch die Ausrufung eines formal konstituierten Kalifats frontal angreifbar zu machen.

Alternativen zur Massenarbeitslosigkeit wurden schon in den 1980er Jahren unter der visionären Regierung Sankara konzipiert, z.B. als *Programme de Travaux Publics à Haute Intensité de Main d'œuvre* (PTP-HIMO), Heute könnten sie wie z.B. im Norden der Côte d'Ivoire im Rahmen von sog. *Disarmament-Demobilization-Reintegration* (DDR)-Programmen und/oder als Wiederaufbauprogramme für Schulen, Kirchen, Dörfer und für Aufforstung oder Wegebau ins Werk gesetzt werden. In Burkina Faso wurden sie aber nach dem Abbruch der sankaristischen Tradition nicht mehr im gleichen Umfang aufgelegt, und sie wären heute nur in einem völlig anderen Sicherheitsumfeld möglich. Ein solches Sicherheitsumfeld aber kann die aktuelle militärische Strategie von Barkhane, Minusma et al. nicht garantieren.

## Grundprobleme des militärischen Einsatzes

Der Fokus der konventionellen (Selbst-)Kritik der militärischen Kooperation liegt abgesehen von taktischen oder strategischen Fehlern im Einsatzgebiet, vor allem im Norden Malis, bisher darauf, dass sie in der Terrorbekämpfung *noch nicht effektiv genug* ist. Daraus werden Notwendigkeiten der Truppenverstärkung, besserer Abstimmung der Einsatzmandate und neue Initiativen wie „Takuba“<sup>7</sup> hergeleitet, in deren Rahmen auch die Bundesrepublik eingebunden werden soll, auch wenn sie sich nicht an Kampfeinsätzen beteiligen will. Das kann militärisch notwendig sein, aber der Ansatz greift in dreifacher Weise zu kurz, und es ist schwer zu sagen, welches Defizit am schwersten wiegt.

**Erstens** umgeht der Ansatz „Noch mehr Militär“ die Feststellung, dass zumindest die Armee Malis im Vollsinn gar keine ist, sondern schlicht ein „Chaotenhaufen“ (Michailof) oder analytischer: ein Instrument der finanziellen Ressourcenkontrolle seitens der militärischen Hierarchie, das mit gelegentlichen verlustreichen Einsätzen der unteren Ränge des Militärs als Streitmacht präsentiert wird. Diese Beschreibung geht über die konventionelle Diagnose von „Korruption“ in der Armee weit hinaus. Die politische und militärische Führung ist offensichtlich an signifikant besserer Ausrüstung und größerer Effizienz der Truppe nicht interessiert. Erstens garantiert nur ein lang anhaltender Kampf gegen den Jihad den stetigen Zustrom an Finanzhilfe für das Militär<sup>8</sup>; zweitens würde eine schlagkräftige Armee das

---

<sup>7</sup> Ein Tuareg-Wort für Schwert – eine interessante Wortwahl im Lichte der referierten Auseinandersetzung um das französische Engagement im Norden Malis.

<sup>8</sup> Dazu gehört in Mali ist die äußerst langsame Umsetzung des Friedensabkommens von 2015 mit Gruppierungen des Nordens, an deren Verschleppung die Eliten beider Seiten ein wirtschaftliches Interesse haben: „*a situation of personal gain, perpetuated by the actors in the process.*“ Und zusammen genommen mit den finanziellen Anreizen,

unterstellte Putschrisiko erhöhen. Sowohl Mali als auch Burkina hatten in jüngster Zeit Militärputsche, die dominierende Elitetruppen mit dem vernachlässigten Heer konfrontiert haben. Gelöst ist das Problem nicht. Westlichen Führungsstäben ist das wahrscheinlich auch in diesem Ausmaß bekannt, aber die Bereitschaft zur energischen Intervention gegen das kleptokratische Eigeninteresse in den Einsatzländern ist gering. (Eigene Zusammenfassung zu (Tull 2020), (ICG 2020) u.a.).

**Zweitens:** Es ist mutmaßlich eine Tatsache, dass das Vorgehen nationaler Streitkräfte *direkt dazu beiträgt*, dass die terroristische Bedrohung sich vergrößert und lokale Bevölkerungen die eigene Armee ebenso sehr als Feind betrachten wie islamistische Gruppen. Das geht in die amtliche Analyse nicht ein, wird aber von den wesentlichen Analysen für Mali, Burkina (ebenso Niger oder Nigeria) einhellig bestätigt und von HRW und einheimischen NRO im Detail beschrieben.<sup>9</sup>

**Drittens** ist die strategische und taktische Einsatzdoktrin der internationalen Truppen so fragwürdig, dass sie auch im Rahmen dieses Papiers, das einen zivilen Schwerpunkt hat, angesprochen werden muss. Nominell beruhen MINUSMA, EUTM und EUCAP auf dem Konzept, die nationalen Armeen institutionell so zu stärken, dass sie sukzessive die Landesverteidigung selbst bestreiten können – personell, materiell und operativ. Das militärische Capacity Building musste aber aus den vorgenannten Gründen von einem sehr niedrigen Ausgangsniveau beginnen und kommt abgestuft nur langsam oder sehr langsam voran, sodass allenfalls kleine Einheiten operativ auf der Höhe der Herausforderung sind. Aufgrund dieser Sachlage und der asymmetrischen Bedrohung durch den Jihadismus ist die effektive Einsatzdoktrin diejenige der klassischen *Counterinsurgency* (Charbonneau 2020). Die fragwürdige Einsatzdoktrin sucht nach vietnamesischem oder afghanischem Muster bzw. nach dem Vorgehen in der französischen Kolonialzeit im Rahmen des militärischen Einsatzes die ‚Herzen und Hirne‘ der lokalen Bevölkerung zu gewinnen, lokale bewaffnete ‚*Non-state Actors*‘ zu legitimieren und ansonsten umgrenzte Räume zu sichern, um dort sukzessive Entwicklungsmaßnahmen einleiten zu können. Das ist der für diese Strategie charakteristische „*Security – Development Nexus*“. Das Problem ist hier wie dort, dass die gesicherten Zonen nur prekäre Ruhe bieten und jederzeit neue Anschläge erfolgen oder Jihadisten infiltrieren können. Aus diesem Grund wird der Nexus operativ kaum wirksam.<sup>10</sup> Mali demonstriert hier, was Burkina bevorsteht:

*“As in Somalia, counterinsurgency practice has contributed to the fragmentation of the Malian national territory. Spheres of influence more or less officially recognized have been established and consolidated through these actions (...). Each of these spaces is governed by particularized rules and norms, a form of governance sustained through para-military actions and forces, and power concentrated in the hands of dominant elites that shape a war-time political-economy rooted in transnational trafficking and international counter-terrorism rents.” (Charbonneau 2020, p. 4/5)*

Ein aktueller Beleg dafür stammt aus sicherer Quelle westlicher Militärs: es ist in Zukunft beabsichtigt, vor allem sogenannte Wehrdörfer zu sichern. Vernetzte Selbstschutzmaßnahmen in den bestehenden Dörfern

---

die MINUSMA bietet: *“There are economic incentives for gradualism, which partly explains the extremely slow pace of implementation.”* (The Carter Center 2020: 25/26).

<sup>9</sup> Siehe (Audet-Gosselin 2020) und Interview der taz mit Prof Baudouin Michel, 24.1.2020, sowie umfassend am Beispiel Nigeria: (Pérouse de Monclos 2019).

<sup>10</sup> Durch die massive Schwerpunktverschiebung von normaler EZ zur Humanitären Hilfe in Burkina wird der Nexus Sicherheit – Entwicklung auch von diesem Ende der Kette weiter geschwächt. (Mednick 2020)

zu stärken, um öffentliche Einrichtungen oder Entwicklungsprojekte wieder eröffnen zu können, kann Sinn machen – gerade im Rahmen der von uns unten vorgeschlagenen Großen Lösung. Wehrdörfer haben jedoch ihre eigene militärische Historie. Sie wurden ab 1962 im Vietnamkrieg eingeführt, im Rahmen des „*Strategic Hamlet Programs*“ bzw. des Taylor-Staley-Plans. Sie wurden ein katastrophaler Misserfolg, da sie vor allem der Repression gegenüber den Bauern dienten, ohne diese erfolgreich von der Guerilla zu isolieren. Hier wie dort war ihr Korollar die Korruption und operative Unfähigkeit der Offizierskaste, eine klassische Landesverteidigung in größerem Maßstab zu organisieren. In jeder der beiden Interpretationen gilt: Wenn heute wieder von Wehrdörfern die Rede ist, muss es um die Lage im Dreiländereck Liptako-Gourma und anderen Grenzgebieten sehr schlecht stehen.

Die Verdrängung einer solch offenen Kritik auf internationaler Ebene ist leicht zu begreifen. Zwar haben wir es durchaus mit einem lernenden System zu tun; die militärischen Ansätze im Rahmen von EUTM etc. sind im Laufe der Jahre vielfach angepasst worden (Tull 2020). Aber die grundsätzliche Kritik anzuerkennen, würde implizieren, den Armeen und Paramilitärs der Partnerländer wortwörtlich in den Arm zu fallen bzw. das ökonomische Interesse von Eliten an langen Konflikten oder verschleppten Friedensabkommen abzuschneiden. Nachhaltige Stärkung militärischer Kapazitäten, deren nobelstes Ziel es ist, die eigene Bevölkerung in ihrer Gesamtheit zu schützen, kann unter solchen Voraussetzungen kaum gelingen.

Diese Konstellation limitiert offensichtlich auch Aussichten für die sonst vorzuziehende Alternative: militärische Intervention ausschließlich durch Truppen aus der Afrikanischen Union statt durch solche aus ehemaligen Kolonialmächten cum ECOWAS wie zur Zeit in MINUSMA. Eine militärische AU-Intervention mit der gleichen Doktrin an der Seite der malischen oder burkinischen Armee wäre *ceteris paribus* nicht erfolgreicher, da sie zu keinem der drei kritischen Faktoren genug Druck aufbauen kann.

## Öffentliche Meinung und das Fehlen strategischer Kommunikation

In der Konsequenz der politisch-militärischen Gesamtsituation wendet sich ein Großteil der desillusionierten Jugend nicht nur gegen die eigenen Regierungen, sondern gegen die Zusammenarbeit mit westlichen Ländern und insbesondere gegen das französische Militär („*La France – dégage!*“). Die Auseinandersetzung auf kommunikativer Ebene gilt einstweilen als verloren.<sup>11</sup> Was prima facie ungerecht gegenüber der Stabilisierungsleistung des französischen Militärs erscheint und mit Elementen des Populismus durchsetzt ist, ist sozialpsychologisch oder politisch-ökonomisch noch nicht vollständig begriffen. In Mali hat die antifranzösische Stimmung einen besonderen Grund in einem strategischen Fehler der Franzosen bei ihrem Vorgehen im Norden des Landes – die Rückkehr der malischen Armee für sechs lange Jahre gar nicht zugelassen zu haben:

---

<sup>11</sup> „Zuerst fürchte ich, dass Frankreich den Kampf um die Kommunikation verloren hat, ohne gekämpft zu haben.“ Serge Michailof, früherer AFD-Generaldirektor, übersetzt im Newsletter der DBFG aus Franceinfo vom 11.12.19)

*“Dans le pays, le sentiment « anti politique française » évolue et touche toutes les couches sociales. Les médias estiment que c’est plutôt à la France de clarifier sa position sur la gestion de la région de Kidal (fief de la rébellion séparatiste touarègue). L’armée et l’administration malienne n’y sont pas depuis 2014, et cela, malgré la signature d’un accord de paix, à Alger, en 2015.” (Interview IRIS mit Boubacar Traoré, 20.1.2020)*

Die angebliche Unterstützung für einen eigenen Touareg-Staat im Norden wird komplettiert vom militärischen Scheitern im Zentrum Malis.<sup>12</sup> Die Anlässe sind verschieden, aber auch in Burkina entfaltet sich ein vergleichbarer antifranzösischer Protest. Die resultierende Stimmungslage ist in sich widersprüchlich. Ergänzend werden daher sozialpsychologische Erklärungen angeboten, wie der Umschlag in Patron-Klient-Beziehungen, der aus enttäuschten Erwartungen resultiert, hier: gegenüber Frankreich oder dem Westen (Signer 2019). Eine Reihe von Beobachtern stellt fest, dass sich im Kontrast zu den genannten Protesten die Eliten und profitierende Teile der sog. Mittelklassen in den Sahelländern mit der Situation eines Stellvertreterkrieges durch Barkhane/Minusma relativ komfortabel eingerichtet haben, während gleichzeitig der Protest der „Jugend“ gegen äußere Gegner (Terroristen und Terror-Bekämpfer) alimentiert wird, teilweise zu elektoralen Zwecken. Unter sonst gleichen Umständen lässt diese Stimmungslage im Sahel-Raum eine Verstärkung des deutschen militärischen Engagements an der Seite der französischen Armee wie auch eine Aufstockung des zivilen Engagements als politisch aussichtslos erscheinen.

Teile dieser Analyse werden ausdrücklich von der Bundesregierung geteilt.<sup>13</sup> Charakteristisch für offizielle Stellungnahmen aus Berlin, Paris oder Brüssel ist jedoch, dass sie keine operationale Abwägung zwischen der Dimension des geopolitischen Problems und den Mitteln zu seiner Lösung treffen. Kann die „Abwärtsspirale“ in Burkina (ICG) mit den mobilisierten Mitteln der zivil-militärischen Zusammenarbeit gestoppt werden? Mit welcher Kommunikationsstrategie, gestützt auf welchen Dialogprozess lokaler Akteure und Autoritäten, soll die öffentliche Meinung ‚gedreht‘ werden? Zu allen Komponenten des Problems fehlen systematische Antworten, Zeitachsen, Größenordnungen, im Grunde die meisten Elemente einer wirklichen Strategie. Typischerweise haben die Papiere auch keine Output-/Impact-Indikatoren, an denen Erfolg oder Misserfolg der Mission(en) gemessen werden könnte. Die vorgeschlagene Initiative soll zur Schließung dieser Lücke einen Beitrag leisten.

---

<sup>12</sup> Am 25.3.2020 unterstrichen durch das Verschwinden des Oppositionsführers Soumaila Cissé, ehemaliger Präsident der UEMOA, und seiner gesamten Delegation in der Region.

<sup>13</sup> „Die Lage in der jungen und fragilen Demokratie Burkina Faso ist ebenfalls an einem kritischen Punkt. Nahezu täglich kommt es seit Beginn des Jahres zu Angriffen auf Sicherheitskräfte und Zivilisten. Dabei sind Stabilität und Sicherheit in Burkina Faso von besonderer Rolle für die gesamte Region, da das Land auch Riegel gegen die Ausbreitung der Unsicherheit im Sahel in Richtung Golf von Guinea ist.“ ( Bericht der Bundesregierung zur Lage und zum deutschen Engagement in Mali/Sahel zur Unterrichtung des Deutschen Bundestags, S. 7)

## Und nun Corona

Die eingangs zusammengefassten Diagnosen sind gestellt worden, bevor das neue Corona-Virus begonnen hat, seine Wirkung auch in Afrika zu verbreiten. Es sollte daher in dieser Darstellung ebenfalls unberücksichtigt bleiben, aber es fügt der existenzbedrohenden Krise gerade von Burkina Faso eine weitere Dimension hinzu, während sukzessive auch die anderen Sahelländer betroffen sind. Seit ca. Mitte März 2020 hat die Corona-Dynamik Burkina mit voller Wucht getroffen. Mittlerweile sind wegen des Corona-Virus sämtliche Bildungseinrichtungen des Landes geschlossen, Märkte und Versammlungen untersagt. Damit ist der Shutdown des öffentlichen Lebens, der im Norden unter der Terrordrohung begonnen hatte, generalisiert, während auch die Regierung ad personam schwer getroffen ist. Mögliche abmildernde Faktoren, die für Afrika angeführt werden (Altersstruktur, Klima) können empirisch in Bezug auf Covid-19 noch nicht beurteilt werden.

Die respektierte zivilgesellschaftliche Autorität Raogo Antoine Sawadogo stellt Corona in die Reihe der ‚unsichtbaren‘ Bedrohungen, die alle aus Systemfehlern schlechter Regierungsführung erwachsen, obwohl Covid-19 realiter von außen kommt, und die „das Überleben unserer Staaten gefährden“. <sup>14</sup> Corona wird also nicht nur durch die gesundheitlichen Auswirkungen der Seuche selbst dramatisch wirksam werden, sondern politisch auch dadurch, dass das Virus in Burkina und anderen afrikanischen Staaten die Rest-Legitimität von Regierungen und Verwaltungen beseitigen kann, die ohnehin schlecht für ihre Bevölkerungen sorgen und nun Repression durch Polizei und Militär im Schatten des Shutdowns oder Lockdowns entfesseln. Obwohl die burkinische Regierung aktuell schneller und besser reagiert hat als manche europäischen Länder, kann es mithin nicht mehr ausgeschlossen werden, dass Covid-19 die eine Seuche zu viel ist, die den Zusammenbruch der staatlichen Ordnung im Lande vollenden wird. <sup>15</sup> Die Szenarienbildung muss um den Corona-Effekt ergänzt werden.

## Ein ganzheitlicher Ansatz?

Die strategischen Ansätze im Rahmen der internationalen Sahel-Kooperation sind entgegen mancher Kritik nicht rein militärisch ausgerichtet. Sie zeichnen sich dadurch aus, dass praktisch alles versucht wird – in neueren Konzepten auch mit Komponenten der medialen Auseinandersetzung, von nationalem Dialog und Aussöhnung, etc. Dass die Sahelländer einen „integrierten Ansatz“ von Sicherheit und Entwicklung brauchen, ist nominell überall Konsens. Es fehlt scheinbar an nichts. Die zivilen Ansätze bieten nicht nur humanitäre Hilfe, Not- und Übergangshilfe sowie neuerdings das (problematische) Migrations-

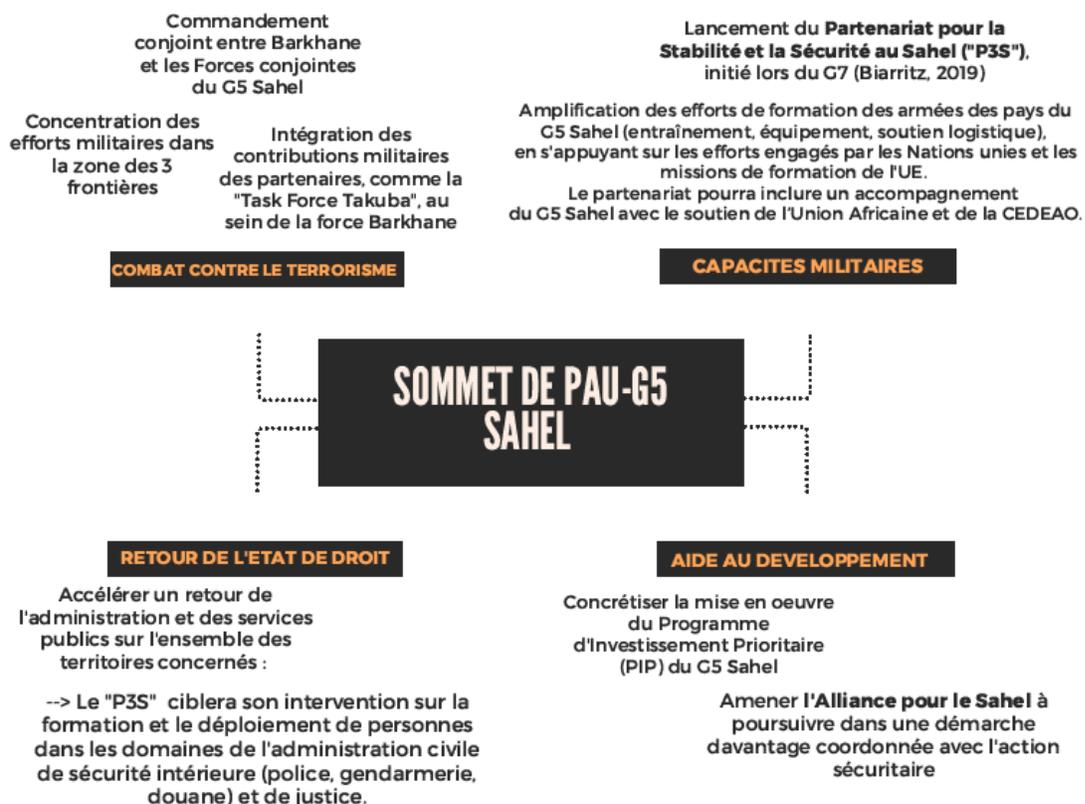
---

<sup>14</sup> Antoine Sawadogo, *Quand les forces 'invisibles' dictent leur Loi*, Facebook – Kommunikation 25.3.2020.

<sup>15</sup> Das Risiko wird in der französischen Regierung genauso beurteilt : « Dans une note du Centre d'analyse, de prévision et de stratégie (CAPS), titrée "L'effet pangolin: la tempête qui vient en Afrique?", que La Tribune a consultée, le Quai d'Orsay estime que la crise du Covid-19 pourrait être en Afrique "*la crise de trop, qui déstabilise durablement, voire qui mette à bas des régimes fragiles (Sahel) ou en bout de course (Afrique centrale)*". En tout cas, la crise du Covid-19 sera probablement le révélateur des limites de capacité des Etats, incapables de protéger leur population. »

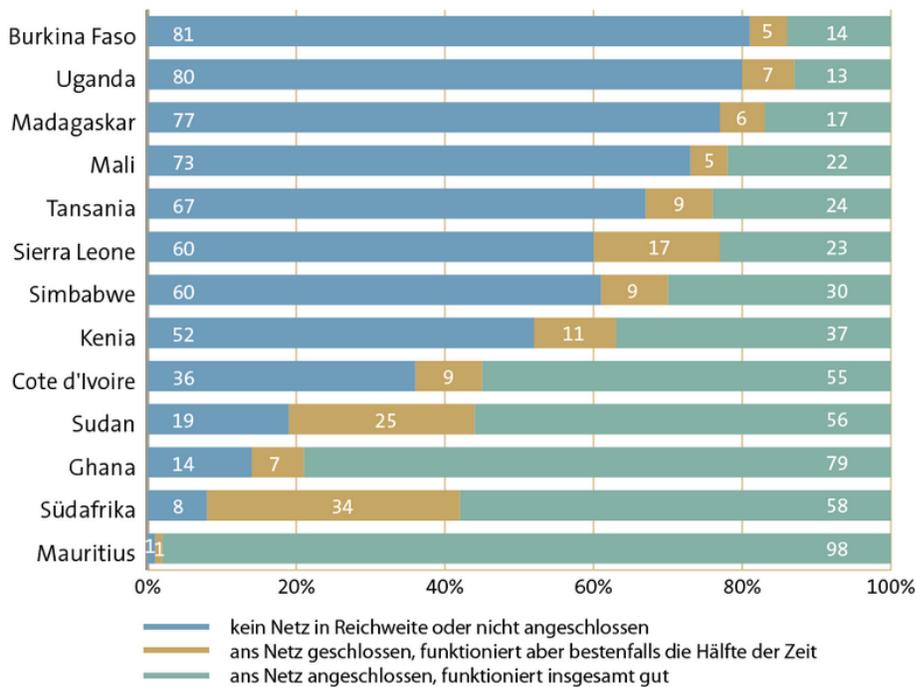
Management, sondern haben auch durch eine Anpassung der konventionellen Entwicklungshilfe reagiert, z.B. durch einen stärkeren Fokus auf Maßnahmen der Beschäftigungsförderung, erneuerbaren Energien etc.

Nach einer *Mindmap* aus dem Umfeld der französischen Regierung beruht die Sahel-Initiative auf vier Säulen (siehe Grafik). Die Säule der Entwicklungshilfe bezieht sich vor allem auf das sog. *Programme d'Investissement Prioritaire* (PIP) des G5 Sahel, und auf Programme/Projekte der Sahel-Allianz, in vertiefter Koordination mit den Sicherheitskomponenten. Entsprechend umfassend argumentiert das Sahel-Papier der Bundesregierung zur Unterrichtung des Bundestages.<sup>16</sup> Allerdings, und hier beginnt das Grundproblem: die meisten Interventionen der Sahel-Allianz wie schon vorher eine ähnliche G7-Initiative zur *Food and Nutrition Security* sind nicht neu, sondern laufen seit vielen Jahren, im Bereich des Capacity Building zum Teil seit Jahrzehnten, regelmäßig nach einem von außen vorgegebenen Plan und ohne die Möglichkeit lokaler Protagonisten, die Maßnahmen der lokalen Realität anzupassen.



<sup>16</sup> Das Akronym PIP bezeichnet üblicherweise *Public Investment Programmes*, die es initiiert durch die Weltbank in praktisch allen afrikanischen Ländern seit Jahrzehnten gibt, auch in Burkina Faso. Sie sollen die öffentlichen Investitionen aus Eigen- und aus Gebermitteln priorisieren. Als solche funktionieren sie kaum irgendwo.

Dieses Papier oder die zitierten ExpertInnen behaupten nicht, dass EZ-Projekte niemals ihre Ziele erreichen und vollkommen wirkungslos geblieben sind. Trotz der grundsätzlichen Defizite an unabhängiger Evaluierung auch der deutschen EZ erscheinen die Förderung der Dezentralisierung oder der Bewässerungslandwirtschaft in Mali ebenso wie Maßnahmen der Wasserversorgung und des Ressourcenschutzes in Burkina erfolgreich, zumindest an physischen Outputs oder sozialen Outcomes gemessen. Internationale Solidarität und nichtstaatliche Hilfe hat in allen Ländern zum Aufwuchs einer breiten und selbstbewussten Zivilbevölkerung beigetragen. Dennoch ändert die konventionelle Entwicklungshilfe in den betroffenen Ländern am Ausmaß absoluter Armut oder des Human Development Index (HDI) nichts Wesentliches. Die Zahl absolut Armer wächst in den hauptbetroffenen Sahelländern, einige zentrale Sozialindikatoren entwickeln sich rückwärts – ebenso fallen die Länder wieder in Governance Rankings zurück, trotz ubiquitärem Capacity Building und Verabredungen zu besserer Governance, so auch im Rahmen des G20 – *Compact with Africa* (CwA). In der Versorgung mit zentralen Dienstleistungen rangiert Burkina Faso selbst im afrikanischen Vergleich ganz am Ende, wie exemplarisch die Stromversorgung demonstriert. (Grafik)



© WELT-SICHTEN

Quelle: Afrobarometer 2019; Ergebnisse repräsentativer Umfragen in den Jahren 2016 bis 2018

Hinzukommen Herausforderungen, von denen nicht behauptet werden kann, dass sie in den Sahelländern umfassend adressiert werden.

Der Klimawandel bedroht die Lebensgrundlagen der Region in ganz besonderer Weise, ohne dass die Bewohner, vor allem Bauern und Viehzüchter, nach dem neueren Stand der Forschung wesentliche Verursacher gewesen sind. Die Abmilderung (*mitigation*) der Folgen des Klimawandels macht schon für sich genommen außerordentliche internationale Anstrengungen erforderlich und trägt wesentlich dazu

bei, dass Ressourcenprobleme entstehen, die jetzt als Sicherheitsprobleme ausbrechen. Bis heute ist entwicklungspolitisch oder sektorfachlich nicht klar, worin ein umfassender Ansatz bestehen kann.

Dazu tritt die demographische Herausforderung. Mali, Niger und Tschad liegen mit einer Gesamtfruchtbarkeitsrate von 6-7 Kindern an der Weltspitze, Burkina Faso mit 5,3 wenig dahinter (DSW-Datenreport 2019). Theoretisch könnten auch diese afrikanischen Länder von der Tatsache profitieren, dass ihre jungen Bevölkerungen in einer Übergangsphase relativ wenige abhängige Personen mit zu ernähren haben. Eine solche „demographische Dividende“ für die Sahelländer zu erwarten, wäre doppelt irreführend, da sie weder den demographischen Übergang der sukzessiven Absenkung von Sterbe- und Geburtenraten bewältigt haben (siehe die vorgenannten TFR-Zahlen) noch ein im Entferntesten angemessenes Arbeitsplatzangebot zu bieten haben. Das gilt vor allem für die Landwirtschaft. Das Bevölkerungsproblem frontal zu adressieren war bislang in Teilen der Sahelländer politisch nicht möglich, insbesondere nicht im Niger, obwohl der französische Präsident in seiner Rede an der Universität Ouagadougou 2018 durchaus den Weg gewiesen hat: die wichtigste Lösung liegt in der Herstellung des Selbstbestimmungsrechts junger Frauen.

Ein umfassendes Politikangebot zur Schaffung einer eigenen Dynamik von Handwerk und Industrie nach dem Vorbild von Äthiopien oder Ruanda, das dem Arbeitsplatz-Defizit wirksam entgegenarbeiten würde, ist nirgendwo in Sicht.

Das westliche Policy Making scheint sich diesem Defizit nicht wirklich zu stellen, obwohl die Problem-beschreibungen realitätsnäher werden. Das übergreifende Problem für die Entwicklungshilfe ist offenkundig, dass sie trotz Einzel- und Teilerfolgen wenig zu entwickeln hilft, das an die Schwelle eines selbsttragenden Wachstums heranführen könnte. Mehr von (fast) demselben folgt keiner überzeugenden politischen Logik.

Selbst dort, wo die Entwicklungshilfe sich tatsächlich neu – „*out of the box*“ – aufzustellen versucht, ist der Ansatz nicht immer überzeugend. Der *Compact with Africa* der Bundesregierung im Rahmen der G20 bemüht sich aus gutem strategischen Grund, zusätzliche Privatinvestitionen für Afrika zu mobilisieren, auch von deutschen Firmen. Die konventionelle EZ kann die pro Jahr in Afrika zusätzlich benötigten 20 Millionen Arbeitsplätze bestenfalls fördern, aber nicht schaffen. Dass Burkina Faso als eines der CwA-Länder identifiziert worden ist, erscheint jedoch vollkommen surrealistisch. In einem Land, dessen sämtliche Provinzen nach der Bewertung der französischen Botschaft von Ausländern gar nicht oder nur aus imperativem Grund betreten werden sollen, ist ein Ausschwärmen deutscher Mittelständler unwahrscheinlich. Ex negativo illustriert der CwA, dass ein ganzheitlicher Ansatz in Bezug auf diese Ländergruppe grundsätzlich anders aussehen muss.

## Capacity Building – welches Capacity Building?

Besonders fragil, soweit überhaupt messbar, erscheinen die Erfolge im institutionellen Capacity Building in den Sahelländern, und so auch in Burkina. Flächendeckend erfolgreiches Capacity Building, gedacht als Investition in langfristige Treiber von Entwicklung, kann kaum irgendwo in der Region nachgewiesen werden. Wir kennen keine entsprechende Querschnitts-Evaluierung, die überdies auch Verfall oder Rückentwicklung geschaffener Kapazitäten ins Kalkül ziehen müsste, was gerade die Förderung der Dezentralisierung betreffen dürfte. Die ernüchternden Ergebnisse von Capacity Building<sup>17</sup> stellen die Nachhaltigkeit von Gesamtpaketen aus laufender Hilfe (einschl. Nothilfen) und investiven Maßnahmen in Frage, die in der konventionellen Logik geschnürt und Burkina oder den Nachbarländern bilateral oder multilateral, z.B. im Rahmen der Sahel-Allianz angeboten werden.

Oben wurden Quellen angeführt, nach denen die nationale Hierarchie aus wirtschaftlichen Gründen an effektivem Capacity Building in der eigenen Armee kein sonderliches Interesse hat. Dominierende neopatrimoniale Aneignungslogiken können auch auf anderen Gebieten der Öffentlichen Verwaltung nachgewiesen werden und sind ein Grund für Misserfolge von Capacity Building.

Zur Erinnerung: Neopatrimonialismus definiert sich durch die Kombination von formal regelhafter, de-personalisierter Staatsverwaltung neuzeitlichen Typs (deswegen: „Neo-„) und patrimonialer, personalisierter Gunstgewährung und Loyalität. Debatten innerhalb der Afrikawissenschaften beziehen sich auf das Maß, in dem afrikanische Regierungs- und Verwaltungssysteme nicht nur formal Weberianische Staatsförmigkeit imitieren, sondern reale öffentliche Leistungen erbringen, selbst in *Near-failed States* (Ebola-Bekämpfung im Ostkongo), und im Extrem sogar sog. *Developmental States* sein können. Es gibt keine Quellen, die behaupten würden, Burkina, Mali oder Niger rangierten auf der Governance-Skala irgendwo in der Nähe der letzteren Variante.

Wegen der Fortexistenz von Elementen formaler und realer Staatlichkeit auf Teilen des Staatsgebiets mag die Bundesregierung mit ihrer mutigsten Aussage, hier erneut mit Bezug auf das Nachbarland, formal Recht haben: „*Mali ist kein Failed State.*“ (ebd., S.8) Das Gleiche gilt für Burkina Faso. Als Tendenzaussage ist der Satz jedoch falsch: diese Staaten sind dabei zu scheitern.<sup>18</sup> Die ernüchternde Diagnose mangelnder Nachhaltigkeit am Beispiel der militärischen Kooperationspartner kann daher in summa auf die Komponenten ziviler Zusammenarbeit übertragen werden, zumindest in Zeiten progressiven Zerfalls von Staatlichkeit.

---

<sup>17</sup> Auch in der Stärkung der wirtschaftspolitischen Planungs- und Steuerungskapazität, an der dieser Autor fünf Jahre mitzuwirken versucht hat, ohne jegliches nachhaltige Ergebnis – in einem Projekt, das seit 1968 ohne Unterbrechung bis heute durchgeführt wird. Unterstützung der deutschen und burkinischen Seite im laufenden Betrieb verbleibt als ein einziger Ertrag.

<sup>18</sup> Obwohl eingeräumt werden muss, dass es keine interdisziplinär akzeptierte Definition von Failed States gibt.

## Testfragen

Die Lücken der vorliegenden Konzepte können zum Teil durch Testfragen ermittelt werden. Beispiele:

- Wie sollen die rd. 2500 geschlossenen Schulen im Norden und Osten Burkinas wieder geöffnet, gesichert und mit qualifiziertem Lehrpersonal ausgestattet werden? Analoge Fragen stellen sich für Rathäuser, Märkte, Gesundheitsstationen oder Kirchen/Moscheen.
- Wenn die Tragfähigkeit vieler Böden für intensive agropastorale Nutzung dauerhaft überschritten ist, wie soll sichergestellt werden, dass Bauern und Viehzüchter trotzdem koexistieren können? Agrarsubventionen gibt es - bisher - nicht.
- Nennen Sie einen Bereich, in dem das Capacity Building der EZ der vergangenen Jahrzehnte im zivilen oder im Sicherheitssektor nachhaltig neue/bessere Institutionen geschaffen hat? Wenn nein, was ist die operative Konsequenz?
- Wie soll Korruptionsbekämpfung unter den Bedingungen einer generalisierten kleinen und großen Korruption funktionieren, m.a.W. wenn ohne Ausnahme alle öffentlichen Institutionen korrupt oder zumindest massiv patrimonial durchwirkt sind?
- Wie soll die nationale Aussöhnung unter Bedingungen gelingen, unter denen sie von hochgestellten Autoritäten durch soziale Ausgrenzung und auf lokaler Ebene durch eine Logik von Terror und Gegenterror unterminiert wird?
- Wenn nach gängiger Einschätzung die islamistischen Gruppierungen vielen desillusionierten Jugendlichen *kurzfristig* Schutz, Arbeit, Einkommen und Orientierung bieten, wie können alle diese Elemente ebenso mit einem alternativen Ansatz sichergestellt werden?
- Anders gefragt: Angenommen es gelingt, Jugendliche in großem Umfang aus islamistischen Gruppen oder aus dem gewöhnlichen Banditismus zu lösen, ggf. durch militärische Abschreckung. Woher können sie *alle kurzfristig* Beschäftigung etc. erhalten?
- Welche Wertorientierung und welche Vorstellung von Gemeinwesen soll den Jugendlichen vermittelt werden, die sowohl ihre ‚traditionellen‘ Werte gegenüber dem jihadistischen Angebot als auch ‚moderne‘ Bürgerlichkeit statt des verbreiteten „*incivisme*“<sup>19</sup> festigt – und auf welchen Kommunikationswegen?

Ausbleibende Antworten auf praktisch alle dieser Fragen signalisieren strategische Gestaltungslücken. Dabei ist die Suche nach Interventionsbereichen, die eine neue wirtschaftliche Gesamtdynamik, eine hohe Zahl an Arbeitsplätzen in städtischen wie ländlichen Räumen und eine erfolgreiche sektorale Perspektive generieren können, auch in der Sahel-Region nicht aussichtslos. Dies zeigt zumindest der eine Bereich der Solarenergie, der ein hohes Potential für den Privatsektor hat, auch im Rahmen des CwA gefördert werden soll und an existierende Initiativen wie die *Desert to Power* – Initiative der Afrikanischen Entwicklungsbank

---

<sup>19</sup> Siaka Coulibaly, op.cit.: « ...incivisme. Les jeunes, en particulier, sont les sujets de cette nouvelle relation entre l'Etat et les citoyens. ...Ils présentent une exigence de redevabilité de la gestion publique inédite.... Le sentiment anti-français n'est que le prolongement de la rupture du lien institutionnel voire sociétal que connaissent la plupart des pays sahéliens. Les citoyens africains et les jeunes mettent leurs propres dirigeants dans le même panier que la France ».

anknüpfen kann – vielleicht der einzige aktuell identifizierte *Game Changer* für die ganze Ländergruppe.<sup>20</sup> Ihm entspricht sehr wenig im Bereich der sozialen Investitionen, um den vorgenannten Herausforderungen Herr zu werden.

## Aktionsrahmen

In dieser Lage und angesichts der akuten Bedrohungslage im Sahelraum und in Burkina im Besonderen schlagen wir eine problemadäquate Intervention einer europäischen Mittelmacht vor, hier: der Bundesrepublik Deutschland. Eine solche massive Intervention gegen die staatliche Existenzkrise in dem strategischen Schlüssel-land Burkina kann nicht von Dänemark oder Slowenien erwartet werden. Zur Vorbereitung regen wir eine Art großen Ratschlag an, eine Plattform, die einem doppelten Zweck dient:

### A. Herstellung einer geteilten Problemsicht:

- Vertiefung der Debatte über die primäre **Ursache** der Krise – Armut oder Bad Governance, Abwägung der inneren und äußeren Faktoren.
- Bestandsaufnahme der sozialen, politischen und wirtschaftlichen **Problemfelder**
- Einschätzung des Grades der Handlungs(un)fähigkeit der **Zentralregierung**
- Zusammentragen der ethnologischen / soziologischen Evidenz zu den lokalen **Akteuren** und **Arenen** der Konflikte, vor allem über Entstehung und (vielfältige) Rolle der lokalen ‚Milizen‘ im Sahel, mit dem Ziel einer möglichst einheitlichen Sicht auf die Rolle von Koglweogo, Dozo usw. und ihre ethnischen bzw. religiösen Zuschreibungen
- Einschätzung der existierenden Ansätze von Nationalem Dialog, Versöhnung, Mediation, Kommunikation
- Präzisierung der verwendeten **Szenarien** (Alternative: eigener Workshop zum Scenario Thinking im weiteren Prozess)
- Bestandsaufnahme und Potentialanalyse der Organisationen der lokalen Zivilgesellschaft, die zentrale Akteure in jedem tragfähigen Lösungskonzept werden müssen
- Screening der relevanten internationalen Akteure und ihrer Rollen, AU, EU, UN, F, D,....

### B. Erarbeitung von Handlungsalternativen

Staat und Land Burkina Faso und der Sahel i.w.S. können mit der multiplen Bedrohungslage in alleiniger Verantwortung auch mit „mehr Hilfe“ nicht fertigwerden. Besprochen werden sollen:

- Grundzüge eines alternativen Konzepts militärischer Intervention, das einen integrierten Ansatz zivil-militärischer Sicherheit („*approche intégrée de la sécurité*“ ) erst realistisch erscheinen lässt
- Grundzüge eines Gesamtkonzepts der Befriedung und Entwicklung des Sahel-Raums, am Interventionsfall Burkina Faso festgemacht an den zivilen **Alternativen**:

---

<sup>20</sup> Hinweis von Ousmane Djibo aus der Arbeit der Sahel-Allianz-Initiative.

1. **Gradualismus:** Weitere Aufstockung der Entwicklungshilfe, in der Erwartung, in einer unbestimmten Zukunft eine kritische Schwelle zu erreichen = implizit die „*trajectoire actuelle*“ der aktuellen Entwicklungszusammenarbeit
  2. **Sequentielle Priorisierung** von einzelnen besonders kritischen Sektoren, z.B. Gesundheit<sup>21</sup>, Schulbildung, dann Erneuerbare Energien und andere.
  3. **Große Lösung „Whatever it takes“**, siehe nachstehende Box.
- Identifizierung erwartbarer *Game Changers*, welche die bisher ernüchternde Bilanz dauerhaft geschaffener physischer und institutioneller Kapazitäten zum Besseren wenden können
  - Handlungsrahmen für die Einbeziehung der nichtstaatlichen Gewaltakteure, zwischen Wahrnehmung ihrer lokalen Agenden, Einbindung als Partner für lokal spezifische Lösungen, mit „Zertifizierung“ als Sicherheitskräfte (MR-Training etc. vorausgesetzt), und Bekämpfung der intransigenten unter den jihadistischen Gruppierungen
  - Etablierung einer akzeptierten Plattform für „konstruktive Revolten“ (Pole Institut) der Zivilgesellschaft, die systematisch bessere Governance auf zentralen und dezentralen Handlungsebenen einfordern kann, statt der bisherigen Staatszentriertheit der internationalen Strategie.
  - Die Einarbeitung aller Komponenten in eine geteilte Nationale Vision von Nachhaltiger Entwicklung, glaubwürdiger Mediation und effektiver Kommunikation.

Voraussetzung für eine fundierte Problemsicht und die Ausarbeitung von strategischen Handlungsalternativen ist die intensive Einbeziehung der Expertise von (a) deutschen und internationalen Afrikawissenschaften, darunter der Kultur- und Sozialanthropologie und der Entwicklungsökonomie, (b) zivilgesellschaftlichen Organisationen aus Burkina und den Anrainerstaaten durch die Bundesregierung. Rat von ausgewiesenen Konfliktmediatoren wäre eine wesentliche Ergänzung. Von einer wenigstens in Grundzügen ausreichenden wissenschaftlichen Politikberatung der Bundesregierung zur Krise in den Sahelländern ist den Trägern dieser Initiative bisher nichts bekannt.

---

### Box: „Whatever it takes“ – Skizze einer umfassenden Stabilisierungsmission in Burkina Faso (inkl. grenzüberschreitender Komponenten)

- Institutionelle Patenschaft (*Parrainage*) der Bundesrepublik oder einer entsprechend motivierten Ländergruppe mit dem Ziel der kurzfristigen Abwendung des Staatszerfalls in Burkina sowie der Stabilisierung bzw. des Wiederaufbaus der wesentlichen Bereiche des öffentlichen Lebens, ausgelegt auf 5 – 10 Jahre

---

<sup>21</sup> Letzteres wie jetzt vorgeschlagen von Entwicklungsminister Müller.

- Angebot einer deutsch-burkinischen oder multilateralisierten „Cogestion“ in den Bereichen, in denen die nationale Verwaltung allein den Herausforderungen nicht gewachsen sein kann, mit entsprechendem Personal- und Finanzeinsatz auf zentraler und dezentraler Ebene
- Überlebenssicherung für die entwurzelten Bevölkerungsteile durch Nahrungshilfe und große Beschäftigungsprogramme mit kreativen ad-hoc Strukturen, wo sie erforderlich sind
- Lokal angepasste DDR- und Wiederaufbau-Programme
- Flächendeckende Sektorprogramme in den Bereichen Schulbildung (beginnend mit unkonventionellen Bildungsmaßnahmen), Basisgesundheits (einschließlich eines umfassenden Corona-Programms), Familienplanung, Modernisierung der Landwirtschaft (unter Verwendung existierender BMZ/GIZ-Konzepte), auf Grundlage eines nationalen Planungsprozesses
- Militärische Flankierung durch Aufstockung auch des deutschen Kontingents, wenn nötig
- Unterstützung einer international mitgetragenen und verantworteten Mediation unter Führung und Kontrolle glaubwürdiger nationaler oder afrikanischer Autoritäten und Organisationen der Zivilgesellschaft
- Kommunikation des eingegangenen deutschen/multilateralen Engagements als patenschaftliche Garantie der Umsetzung nationaler Planungen, in transparenter und respektvoller Zusammenarbeit mit öffentlichen und zivilen Instanzen des Partnerlandes, die entsprechend entschieden haben und deren Ownership der Initiative auf diese Weise sichergestellt werden soll
- Perspektive einer geordneten Arbeitsmigration in die Bundesrepublik und Förderung der zirkulären/Re-Migration, in Zusammenhang mit:
- Materialisierung einer CwA-Komponente der Investitionsförderung unter den Bedingungen wiederhergestellter innerer Sicherheit
- Proaktive Verbesserung des handelspolitischen Umfeldes der burkinischen Wirtschaft und der ECOWAS durch ein neues, von DEU veranlasstes, grundlegend reformiertes Handelsabkommen mit der EU
- Interparlamentarische Kontrolle und Evaluierung des Maßnahmenpakets
- Abstimmung des Konzepts im Rahmen der Sahel-Allianz, vor allem mit Frankreich, und Ermutigung vergleichbarer Patenschaften mit anderen G5-Ländern.

Als Gegenleistung der burkinischen Regierung wäre einzufordern:

- Akzeptanz einer real geteilten Verantwortung (und Macht), vor allem mit anerkannten und respektierten Teilen der Zivilgesellschaft
- Aufgabe der elektoralistischen Politik der Verschärfung innerer und ‚äußerer‘ Gegensätze zugunsten glaubwürdiger nationaler Versöhnung
- Einhegung der lokalen Milizen auf die Rolle der Sicherung von Gebäuden und Einrichtungen
- Reform, ggf. Auflösung und Neuformierung von Institutionen des Sicherheitssektors (*Police Municipale*, Geheimdienst) und der Justiz
- Durchgreifende Armee reform und Wiederherstellung eines Vertrauensverhältnisses zwischen zivilem und militärischem Staat

[Ende Box]

---

## Finanzielle Inzidenz

Der finanzielle Aufwand für die Lösung „Whatever it takes“ wird auf einen höheren einstelligen Milliardenbetrag pro Jahr geschätzt, da sie neben höheren investiven Leistungen und wesentlich mehr personeller Hilfe auch größere Transferleistungen als die Alternativen beinhaltet. Finanzielle Überforderung der Bundesrepublik (und weiterer westlicher Partner) kann kein Gegenargument sein. Burkina Faso ist zwar flächenmäßig genauso groß wie die Bundesrepublik bis 1990 und hat heute 20 Millionen Einwohner, aber nur eine Wirtschaft von der Größe einer mittleren deutschen Großstadt. Die erwartete *regionale* Stabilisierung lässt den Einsatz darüber hinaus als kosteneffizient erscheinen.

Ein Einsatz nach dem Muster Afghanistan oder Somalia, *nach* dem Zusammenbruch der staatlichen Ordnung, oder *nach* dem Völkermord in Ruanda und den Kriegen im Ostkongo im Rahmen der MONUSCO wäre wesentlich kostspieliger und unsicherer. Jedes umfassende Interventionspaket kann auf nationaler Seite der Empfängerländer durch niedrigverzinsliche, weil von Deutschland und anderen garantierte Eurobonds flankiert werden.

Leitgedanke der vorgeschlagenen großen Lösung ist ein flexibles Gesamtbudget, das erlaubt, von der nationalen politischen Koordinierung im Empfängerland beschlossene Hilfsprogramme nötigenfalls vollständig durchzufinanzieren (*lender of last resort*) und personell zu unterstützen, zum Beispiel die Wiedereröffnung aller Schulen, Gesundheitszentren und Märkte. Auch die Sahelländer und Burkina Faso im Speziellen haben über die Jahrzehnte zahllose nationale Pläne und Programme entworfen, z.B. Fünf-Jahrespläne oder Armutsbekämpfungsprogramme. Ihnen fehlte meist jeder Realismus – wie jetzt dem *Programme d’Urgence Sahel* (PUS) im Rahmen der G5. Eine „*Garantie Allemande de dernière instance*“ gibt national oder regional verabredeten Aufbauprogrammen und seinen zivilen und staatlichen Trägern im Land den notwendigen Kredit, um glaubwürdig in der eigenen Bevölkerung zu sein.

## Politische Koordination

Die vorgeschlagene Initiative hat eine wesentliche Implikation auf deutscher Seite. Im Gegensatz zu den Erfordernissen sieht die Bundesregierung in ihrer Gemeinsamen Geschäftsordnung keine operative Instanz der Koordinierung mehrerer Ministerien und ihrer nachgeordneten Einrichtungen für große politische Projekte außerhalb der Landesgrenzen vor. Das Mandat des Auswärtigen Amtes greift operativ zu kurz. Deutschland hat (noch) keinen Nationalen Sicherheitsrat, mit einem weit gefassten, also nicht rein militärisch definierten Mandat.

Diese institutionelle Schwäche zeigt sich seit langem in der Entwicklungszusammenarbeit. In den letzten drei Jahren hat sie sich besonders deutlich bei einer strategisch wichtigen Initiative gezeigt, die eine enge interministerielle Koordination erfordert hätte, dem o.a. *Compact with Africa*. Ein Staatssekretärsausschuss ist dafür kein Ersatz. Wenn aktuell aufgrund der Corona-Pandemie ein einzelner Bundesminister nachvollziehbar, aber unabgestimmt eine nationale und internationale Koordinationsinstanz einfordert,

bestätigt dies das Koordinationsproblem ex negativo. Das übergreifende institutionelle Grundproblem auf deutscher Seite wird im Rahmen einer regional umgrenzten Initiative im Sahel nicht gelöst werden. Für sie selbst jedoch wird eine weisungsbefugte Koordinierungsinstanz mit Sitz im Empfängerland zwingend, die einen materiellen Aufwand der angegebenen Größenordnung wirksam koordinieren kann. Mutmaßlich ist sie im Kanzleramt zu verankern. Das kann ein Testlauf für Lösungen auf übergeordneter Ebene sein.

Diese Forderung ersetzt nicht das Bestreben nach „stärkerer Geberkoordination“, das jede Hilfe größerer Dimension begleitet und normalerweise zuverlässig scheitert. Wenn aber ein großes Geberland, das sich selbst für eine Führungsrolle anbietet, Erfolg dabei hat, zunächst seine eigenen Instanzen zu ordnen, so erhöht das die Chance, dass gezielte Absprachen mit anderen effektiv(er) werden. Dazu rechnen auch energischere Weisungen an Weltbank und Währungsfonds, um sicherzustellen, dass Konditionalitäten in deren Stabilisierungsprogrammen wirtschafts- und sozialpolitisch zu dem Geplanten passen.

Koordinator auf nationaler Seite in Burkina oder einem anderen Sahelland kann nicht (allein) die Regierung sein, deren politischer Kredit weitgehend aufgebraucht ist. Über nationale Koordinationsgremien werden die zivilgesellschaftlichen, säkularen und kirchlichen, Organisationen und das Parlament selbst entscheiden. Auch deren Relevanz wird sich stark erhöhen, wenn ein oder mehrere entschlossene internationale Partner an ihrer Seite stehen.

## Praktische Schritte

In der Argumentationslinie des vorliegenden Konzepts ersuchen wir die Bundesregierung, aufbauend auf den exzellenten bilateralen Beziehungen, die auch durch das Engagement der beiden Staats- und Regierungschefs so intensiv sind wie nicht zuvor in der Geschichte, sie möge:

- die volle Tiefe der Existenzkrise der Sahelländer und ihrer geopolitischen Konsequenzen anerkennen,
- jeden Rückfall in bewährte Reflexe vermeiden („Lage wird sich beruhigen, keine Panikmache“; „Verstärkung der bewährten Zusammenarbeit“; „Sahel ist eine *chasse gardée* von F“; „Keine Allmachtsphantasien“; „Haben zur Zeit andere Prioritäten“; „Nicht zu finanzieren“),
- umgehend eine koordinierende Instanz für den Einsatz im Schlüsselland Burkina benennen,
- umgehend einen organisierten Dialog mit der wissenschaftlichen Expertise in D, koordiniert von ein, zwei Institutionen (VAD, SWP...), sowie anderen westlichen Ländern, Burkina, Mali und Niger herstellen (Liste ist verfügbar);
- Szenario-Boards zur genauen Beschreibung der Bedrohungslage und angemessenen Beschreibung der Komponenten des Burkina-Pakets einrichten;
- der EU-Präsidentschaft der Bundesrepublik ab 1.7.2020 in dieser Frage Orientierung bieten;
- eine strategische Arbeitsteilung mit F, US, EU, AU, UN verabreden;
- die Zusammenarbeit mit der organisierten Zivilgesellschaft in BF herstellen;
- mit der burkinischen Regierung die formale und inhaltliche Grundlage für die neue strategische Zusammenarbeit legen;
- mit der Umsetzung des vorgeschlagenen Maßnahmenpakets beginnen.

## Bibliographie

- Asche, Helmut (1993). *Le Burkina Faso contemporain. L'expérience d'un auto-développement*. Paris, Editions L'Harmattan.
- Assanvo, William, Baba Dakono, et al. (2019). *Violent extremism, organised crime and local conflicts in Liptako-Gourma*. Pretoria, Dakar, ISS.
- Audet-Gosselin, Louis (2020). *Woher die heiligen Krieger kommen. Welt-Sichten*. Frankfurt / Main.
- Ayeh, Diana (2019). *Spaces of Responsibility. Negotiating Industrial Gold Mining in Burkina Faso*, Dissertation, Universität Leipzig.
- Barry, Sidi, Yacouba Cissao, et al. (2019). *Securité par le Bas. Perceptions et Perspectives Citoyennes des Défis de Sécurité au Burkina Faso*. Uppsala.
- Charbonneau, Bruno (2020). *Counterinsurgency governance in the Sahel Bulletin Franco Paix*. Montréal. Vol. 5, No.1.
- Hagberg, Sten (2019). "Performing Tradition while Doing Politics: A comparative study of the dozos and koglweogos self-defense movements in Burkina Faso." *African Studies Review* 62(1): 173-193.
- International Crisis Group (2020). *Burkina Faso : sortir de la spirale des violences*. Rapport Afrique N°287 | 24 février 2020. Bruxelles.
- Kalfelis, Melina C. (2020). "With or Without the State - Doing Security at the Margins of Peacebuilding - SFA and Vigilantism." *Journal of Intervention and State Building* (under review).
- Kwasi, Stellah, Jakkie Cilliers, et al. (2019). *Perspectives pour les pays du G5 Sahel à l'horizon 2040*. Pretoria, ISS.
- Mednick, Sam (2020). *In Burkina Faso, aid groups face a test of the 'humanitarian-development nexus'*. Brussels, Devex.
- Michailof, Serge (2018). *Africanistan: development or jihad*. Oxford, Oxford University Press.
- Olivier de Sardan, Jean-Pierre (2020). *Les pays du Sahel ne sont pas aujourd'hui à même de prendre en main leur propre défense*. Monde Afrique. Paris.
- Pérouse de Monclos, Marc-Antoine (2019). *Die dunkle Seite des Antiterrorkampfs in Nigeria*. Le Monde Diplomatique, deutsche Ausgabe. Dezember 2019.
- Pérouse de Montclos, Marc-Antoine (2020). *Une guerre perdue, la France au Sahel*. Paris, Editions Jean-Claude Lattès.
- Savadogo, Mahamoudou (2020). *The changing face of Burkina Faso's terrorist threat*. The Conversation.
- Signer, David (2019). *Der Sahel wendet sich von Frankreich ab*. Neue Zürcher Zeitung. Zürich.
- The Carter Center (2020). *Report of the Independent Observer - On the Implementation of the Agreement on Peace and Reconciliation in Mali, Emanating from the Algiers Process*.
- Thurston, Alex (2019). *Escalating Conflicts in Burkina Faso*. Dakar, RLS Research Papers.
- Tull, Denis M. (2020). *The European Union Training Mission and the struggle for a new model army in Mali*. Paris, IRSEM.
- Werthmann, Katja (2017). "The drawbacks of privatization: Artisanal gold mining in Burkina Faso 1986–2016." *Resources Policy* 52: 418-426.